

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

## Inhalt

34. Jahrgang / 87

8. Mai 1979

Eckart Kuhlwein MdB weist  
Angriffe des CDU-General-  
sekretärs Heinrich Geißler  
auf Herbert Wehner zurück.

Seite 1/2

Hans Koschnick, stellv.  
Vorsitzender der SPD und  
Bürgermeister von Bremen  
beglückwünscht Bruno  
Kreisky und die SPÖ zum  
Wahlsieg.

Seite 3

Fritz Sängler, ehemaliger  
Chefredakteur des SPD-  
Pressedienstes, erinnert  
an die ersten Gehversuche  
einer freien deutschen  
Nachkriegs-Presse vor 30  
Jahren.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Nichts dazugelernt  
-----

Die Haßtiraden der Union gegen Herbert Wehner

Von Eckhart Kuhlwein MdB

Seit Jahren pflegen die Vertreter der Unionsparteien die von ihnen erfundene Mode, es fehle in der Bundesrepublik Deutschland an Geschichtsbewußtsein. Die Schuld daran hat in ihrer Sicht, wie üblich, die sozialliberale Koalition.

In welcher Weise, so wird man fragen dürfen, tragen CDU und CSU zur Stärkung eines freiheitlichen Geschichtsbewußtseins bei? Hauptsächlich dadurch, daß sie die demokratische, soziale und patriotische Tradition der Sozialdemokraten mit Schmutz bewerfen. Der Vorsitzende der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU, Kohl, sprach auf dem CDU-Parteitag in Ludwigshafen von "geschichtslosen Gesellen", mit denen es keine Gemeinsamkeit gebe. In einem Land wie dem unseren, in dem solche Propaganda der innenpolitischen Feindschaftserklärungen immer noch auf fruchtbaren Boden fällt, darf man solche Entgleisungen nicht einfach als lächerliche Verirrungen behandeln. Denn diese Art, Politik durch Propaganda zu ersetzen, hat System, übrigens nicht erst seit der Rede des Vorsitzenden der CSU in Sonthofen,

die eine akkurate Gebrauchsanweisung für den geistigen Bürgerkrieg gewesen ist und einem Josef Göbbels alle "Ehre" gemacht hätte.

Aus der gleichen Hexenküche stammt die ungeheuerliche Gemeinheit des CDU-Generalsekretärs, der am vergangenen Wochenende auf dem Europa-Parteitag der südwestdeutschen CDU Herbert Wehner einen "unbelehrbaren Altkommunisten" genannt hat, der dabei sei, eine "geistige Volksfront" aufzubauen und die SPD zu einem "nationalen Risiko" zu machen.

Es bedarf nur einiger Blicke auf den Lebensweg von Herbert Wehner, um die Absurdität dieser propagandistisch eiskalt berechneten Tiraden zu erkennen. Herr Geißler und seine ehrenwerten Freunde dürfen sich als treue Erben unter anderem des geschwätzigem Scharfmachers auf dem Kaiserthron, Wilhelm II., betrachten: Von den "vaterlandslosen Gesellen" zu den "geschichtslosen Gesellen" und dem "nationalen Risiko" führt ein gerader Weg.

Diese innenpolitische Feindpropaganda hat dem Nationalsozialismus Hitlers die Tür öffnen helfen. Weil heute solche Gefahren nicht drohen, ist Herr Geißler nicht weniger scharf zu verurteilen und zu bekämpfen. Das schuldet unser Gemeinwesen um seiner Freiheit willen denen, die für die Ideale der Demokratie und des deutschen Vaterlandes während der zwölf schrecklichen Jahre gekämpft, gelitten und mit ihrem Leben bezahlt haben. Wenn der Film "Holocaust" mehr als eine flüchtige Bewegung an der Oberfläche hervorgerufen haben sollte, müßte ein Schrei der Empörung gegen Kräfte hörbar werden, die sich von bestimmten geschichtlichen Vätern nicht zu lösen vermögen.

(-/8.5.1979/va-he/hgs)



Glückwunsch und Dank an Bruno Kreisky  
-----

## Der Wahlsieg bestätigt die Politik der Sozialisten in Österreich

Von Hans Koschnick

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen

Mit Freude haben die deutschen Sozialdemokraten am Sonntagabend die Wahlergebnisse aus Österreich verfolgt. Der Ausbau der absoluten Mehrheit der österreichischer Sozialisten ist ein großartiger Erfolg für Bruno Kreisky. Er wäre nicht zustande gekommen, hätte die SPÖ unter Führung von Kreisky nicht Vertrauen gewonnen durch eine von langer Hand geplante Politik des sozialen Friedens und des Ausgleichs im Inneren und der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit nach außen. Kreisky, ein enger Freund des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, hat diesen Sieg nicht nur für Österreich errungen. Er hat ihn zugleich für alle europäischen Sozialdemokraten erreicht, denen er damit neuen Mut für neue Anstrengungen macht. Das Gerede von der Trendwende in Europa hin zum Konservativismus, nach der Wahl in Großbritannien vorschnell in die Welt gesetzt, ist nur wenige Tage nach der Verbreitung in Österreich widerlegt worden.

Ganz sicher wäre der Wahlerfolg Bruno Kreiskys ohne die erfolgreiche Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der österreichischen Sozialisten nicht so überwältigend ausgefallen. Die SPÖ hat es geschafft, daß Österreich die Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre besser überstanden hat als die meisten seiner europäischen Nachbarn. Während viele europäische Regierungen gegen teilweise nicht sinken wollende Arbeitslosenzahlen und hohe Preissteigerungsraten ankämpfen, führte die geradezu beispielhafte Politik der Regierung Kreisky dazu, daß die Arbeitslosenrate im vergangenen Jahr bei rund zwei Prozent lag und die Preissteigerung mit rund 3,6 Prozent erträglich ausfiel. Das österreichische Rezept - Steigerung der Binnennachfrage - führte dazu, daß sowohl Wirtschaftswachstum als auch Preisstabilität, Beschäftigung, sozialer Frieden und technisch-industrieller Fortschritt erreicht worden sind. Der Mut zu einer defizitären Handelsbilanz und einer erheblichen Staatsverschuldung hat sich also ausgezahlt. Daß die österreichischen Konservativen mit dem Gespenst vom bankrotten Staat, mit dem auch bei uns die Christdemokraten gegen sozialdemokratische Finanzpolitik Stimmung zu machen versuchen, bei der Bevölkerung nicht ankamen, beweisen die Wahlergebnisse des gestrigen Tages.

(-/8.5.1979/va-he/hgs)

+

+

+



30 Jahre freie Presse in Deutschland  
-----

Politische Aufgabe der Presse höher als Erwerbsinteressen

Von Fritz Sänger

Ehemaliger Chefredakteur des SPD-Pressedienstes

Am 9. Mai 1945 wurde die Kapitulation aller Teile der Wehrmacht des Deutschen Reiches wirksam. Das Reich war zusammengebrochen. Wo immer die Militärregierungen der Siegermächte die Befehle erteilten, gab es keine deutschen Zeitungen mehr. Die Besatzer gaben "Nachrichtenblätter" heraus, die sie selbst redigierten und die nur den geringsten Anspruch auf Information über die Tatsachen in Deutschland und in der Welt zu befriedigen vermochten. Im Oktober 1945 haben die ersten deutschen Journalisten zu arbeiten begonnen, zwar unter der Kontrolle der Militärregierung, aber tatsächlich in nahezu kollegialer Zusammenarbeit mit den Presseoffizieren. Von einer freien Presse war freilich noch keine Rede.

Anfang 1946 erteilten die Militärbehörden deutschen Personen Lizenzen für die Herausgabe einer Zeitung. Noch standen auch diese unter Beobachtung oder Kontrolle der Militärs. Die Situation kennzeichnete Fritz Heine, damals Mitarbeiter für Pressefragen bei Dr. Kurt Schumacher, so:

"Wenn die von den Alliierten in Deutschland begonnene Pressepolitik in der bisherigen Weise fortgesetzt wird, dann dürfte die erste Schlacht für eine kampfkraftige, aktive demokratische Presse in Deutschland bald verloren sein."

Als die "Süddeutsche Zeitung" in München am 4. Juni 1946 die tschechoslowakische Regierung wegen angeblich schlechter Behandlung der ausgewiesenen Deutschen kritisierte, erhielt sie von der Militärregierung einen scharfen Verweis und eine Ordnungsstrafe. In der britischen Zone wurde von den Militärs in scharfer Form zur Zuständigkeit der Redaktion und des Lizenzträgers erklärt:

"Die Verantwortung ruht auf dem Lizenzinhaber... Die Redakteure schreiben nur, was er von Ihnen will."

Erst am 15. Oktober 1947 wurde eine Militärverordnung erlassen, die (zunächst in der britischen Zone) das Recht der Zulassung von Zeitungen und Zeitschriften den inzwischen entstandenen Ländern übertrug. Sie war von Beginn an bis zum 31. Dezember 1948 befristet, kündigte also das Ende der unfreien Zeitungen an. Die Länder sollten



Beratende Ausschüsse für die Presse einrichten, und ein "Zonen-Koordinierungsausschuß für Presse und Zeitschriftenwesen" sollte sich bilden. Mit kleinen und vorsichtigen Schritten tasteten die Besatzungsmächte die Möglichkeiten der unabhängigen Arbeit der Presse im besetzten Deutschland ab.

Noch bevor die Gültigkeit dieser Verordnung ablief, hatte der Parlamentarische Rat, der die künftige Verfassung eines freien Staates auf deutschem Boden erarbeiten sollte, seine Tätigkeit aufgenommen. Als er am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verabschiedete (am 24. Mai 1949 trat es in Kraft), stellte er in Artikel 5 das jedem Bürger des Staates angeborene Recht zur Information und zur Meinungsäußerung fest. Erst mit diesem Artikel, dem auch die Länderparlamente zugestimmt hatten, entstand die Grundlage für ein neues Presserecht und für eine freie Presse im demokratischen Deutschland. Unabhängig von Interessen, unabhängig vom Staate, aber gebunden an die allgemeinen Gesetze soll sie im Interesse des Bürgers und des Staates die ständige Kontrolle und Unterrichtung der Öffentlichkeit, ausüben zum Nutzen einer allgemeinen Beteiligung an den Angelegenheiten der Gesellschaft das politische Gespräch bewirken und fördern.

Zwischen Juni und September 1949 hoben die Länder den Zwang zur Lizenzierung auf. Jeder kann seither eine Zeitung oder Zeitschrift gründen und herausgeben. Von etwa 150 Publikationen, die bis dahin wieder entstanden waren, wuchs diese Zahl bald auf weit über 500 an. Noch aber gab es kein für das Bundesgebiet einheitliches Presserecht. Noch galt das 1874 im Kaiserreich verabschiedete Reichspressengesetz. Die Länder schufen neue Pressegesetze, weitgehend in Übereinstimmung, aber doch auch mit unterschiedlichen Regelungen. Das Ringen um ein Bund-Rahmengesetz für die Presse begann. Es konnte und kann nur vom Bundestag beschlossen werden.

Seit 1952 haben die verschiedenen Bundesregierungen Gesetzentwürfe erarbeitet und vorgelegt. Siebenmal geschah es und siebenmal kam es nicht zu Beschlußfassungen, weil die Entwürfe schon in ihrem noch nicht offiziellen Zustand auf überzeugend starken Widerspruch der öffentlichen Meinung stießen. Liberalität in allen Parteien lehnte sie ab. Am 27. April 1979 hat nun der Bundesminister des Innern mitgeteilt, daß auch die sozial-liberale Regierung auf die Vorlage eines Entwurfes zum Presserecht verzichtete, weil "ein staatlicher Machtanspruch zur gesetzlichen Regelung dieses sensiblen Bereiches jedenfalls derzeit" nicht angebracht sei.

Es ist zu begrüßen, daß die Fraktion der SPD alsbald einen eigenen Entwurf dem Parlament vorlegen will und es ist zu wünschen, daß er gemeinsam mit der Fraktion der FDP erarbeitet werden kann. Beide Fraktionen haben 1964 schon einmal mit je einem Entwurf die Initiative ergriffen und damit erreicht, daß die Bundestagsausschüsse beraten und daß Organisationen angehört werden konnten. Sie kamen dennoch nicht zum Ziel, weil das Ende der Legislaturperiode des Bundestages die Arbeit abschloß. Da es auf diesem Gebiet keinen unüberwindlichen "staatlichen Machtanspruch" des Bundes geben kann, zumal die Länder für die Gesetzgebung im einzelnen zuständig sind, sollten die Fraktionen der Regierungskoalition mit allem Ernst und Nachdruck die wenigen Monate nutzen, die noch bis zum Ende dieser Bundestagstätigkeit zur Verfügung stehen.

Die bestehenden Ländergesetze lassen nicht erwarten, daß von dorthin Widersprüche gegen ein Bundesrahmen-Recht laut werden, das die unabhängige Tätigkeit verantwortungsbewußter Redaktionen schützt. Die politische Aufgabe der Presse ist von höherem Rang gegenüber Erwerbsinteressen - diese Grundauffassung wurde in den ersten Jahren nach dem Krieg von Verlegern und Journalisten vertreten. Sie kann und darf nicht aufgegeben werden.

(-/8.5.1979/hj/hgs)



# Vorwärts!

Vorwärts bietet Ihnen jetzt einmalige, aufregende, erholsame, lustige, informative 9 Skandinavien-Jet-Tage: Vom 9.-17. Juni.

# Vorwärts nach Kopenhagen, Stockholm und Oslo

## 1. Von Samstag bis Montag in Kopenhagen.

9. Juni vormittags: Sie tanzen in Kopenhagen. Mittags im Københavns Penne-Hotel (First-class selbstverständlich). Außerdem können Sie viel erleben. Abends das in Europa einzigartige Faunozemmen-Theater im Lyvoh besuchen. Rollepielse?



Ist eine der 130 verschiedenen Smorrebrød-Sorten, die Sie abends im Davidson probieren können. Georg Jensen verkauft Ihnen kunstvoll handgeschmiedetes Silber. Am Sonntag nach Nordseeland zu Hamlet (im Schloß Kronborg). Und zum Kunstmuseum Lousiana. Außerdem sollen Sie im St. Gertrud-Kloster gewesen sein, im Rosenburgmuseum, in der königlichen Porzellan-Manufaktur, die hübschen kleinen Seitengassen

## 2. Von Dienstag bis Donnerstag in Stockholm.

der Stroger-Straße (AntikensTjeschner, Harnen, usw., usw., usw.)

Diplomat. Was Sie nicht zusammen dürfen: Sie recht skandinavisch in Lederkleiden (das ist hier besonders gut und besonders billig). Im Djurs-Garden die Wasa-Werth ansehen! Mit dem Schiff einen Strandzug durch die Zwanzigtusen-Schauerer-Inselwelt machen. Im Latona (in der Altstadt) Renier und Fisch probieren. Das Museum für Technik in Waldemars



Edele besuchen (hier erfahren Sie alles über Alternativ-Energie). Und noch Schloß Drottningholm, Schloß Gripsholm, die einmalig gestaltete neue Tomteana, die Riddarholm-Kirche und Uppsala besuchen.

## 3. Von Freitag bis Sonntag Oslo.

Selbstverständlich auch hier im Top-Hotel Astoria. Darauf dürfen Sie nicht verzichten: Im Wiegeland-Park die Wiegeland-Granit-Skulpturen studieren. Auf der Museums-halbinsel Bygdoy alte Wikingerschiffe anschauen. Den historischen Polar-Eisweerbrecher „Jrim“ begreifen. Und nicht vergessen: Auf der Schanze Holmenkollen haben Sie vom Restaurant einen herrlichen Überblick über den Oslo-Fjord. Und Sie können dabei ganz frischen, echten, norwegischen Fjord-Lachs genießen.



**Ihr Skandinavien Ticket**  
 9 Tage Skandinavien-Kosten incl. 9 Tage Flug (ASA), reichliche Erberhaltungskosten (Doppelzimmer) incl. Frühstück, Reisekosten, Fluhafenstrafvers, und Stadtrond.

**Ab Hamburg**  
 Hannover DM 1400,- Ab Düsseldorf oder Köln DM 1575,- Ab Düsseldorf oder Köln DM 1600,- Ab Frankfurt DM 1612,- Ab Nürnberg oder Saarbrücken DM 1625,-  
 Zusage für Einzelzimmer: Am besten über gleich anfordern!

Name: \_\_\_\_\_  
 Anschrift: \_\_\_\_\_  
 Anmerkungen bitte über: Küche & Nagel  
 Reinigungsbüro, Reinigungswäsche b.s.  
 53100 Hamm, ★★★★★